

Gesellschaft und auf ihrer politischen Einheit drohte dem Kongreß beinahe ein vorzeitiges Ende.

Aber dann passierte, was niemand erwartet hatte. Ohne jeden Ordnungsruf, ohne autoritative Einflüsterungen hat die Versammlung sich gegenüber den Worten des Papstes auf ihre Weise tief gehorsam gezeigt. Als das veränderte Profil der italienischen Kirche schon wieder verlorenzugehen schien, baute sich so aus den Scherben des Zusammenstoßes ein neues auf. Es wurde tatsächlich eine andere Seite aufgeschlagen, aber sie enthielt nicht das, was sich die am meisten traditionellen und integristischen Teilnehmer wünschten. In spontaner Übereinstimmung wurde in den Gruppensitzungen mit des Papstes eigenen Worten eine spirituelle und seelsorger-

liche Linie entwickelt, die mit dem neu erworbenen Profil durchwegs übereinstimmte, dessen eigentliche Konturen aber erst bei der nächsten Vollversammlung des Episkopats im Mai sichtbar werden dürften. Kardinal Ballesbrero konnte so den Kongreß mit einem ehrlichen Dank an den Papst beschließen, nachdem wenige Minuten vorher einer der Koordinatoren unter brausendem Beifall erklärt hatte, der Papst habe den Kongreß nicht blockiert, sondern neu in Bewegung gebracht. Auch wenn drastische Veränderungen in der Bischofskonferenz für die nächste Zeit vorauszusehen sind, die außergewöhnliche Reife der Versammlung von Loreto hat gezeigt, daß die zwanzig Jahre nach dem Konzil für die Kirche Italiens nicht vergeblich waren. L. P.

beitslosen, mehr als einem Fünftel der aktiven Bevölkerung, liegt Spanien an der Spitze der europäischen Länder. Eine Million Jugendliche warten auf ihre erste Stelle. Nicht einmal jeder dritte Arbeitslose bezieht – zeitlich begrenztes – Arbeitslosengeld. Obwohl die spanische Wirtschaft nach den Krisenjahren 1973 bis 1983 dabei ist, sich zu erholen, ist Spanien heute ärmer als vor zehn Jahren. Die Regierung González hat zwar zwei ihrer wirtschaftspolitischen Ziele erreicht: die Inflationsrate lag 1984 erstmals seit 1973 unter zehn Prozent, und das Handelsbilanzdefizit verringerte sich im selben Jahr fast um die Hälfte. Nicht gelungen ist die Reduzierung der Haushaltsschulden und die Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Spanien: Bischöfe mahnen zu sozialer Verantwortung

„Unsere junge Demokratie durchlebt eine Phase höchster Anspannung, und ich habe den Eindruck, daß wir dabei sind – mehr aus Unerfahrenheit und Leichtsinn als aus bösem Willen –, das Fundament unserer Demokratie auszuhöhlen ... Demokratie, für unser Volk ein Synonym für Gradlinigkeit und Ehrlichkeit, für verantwortete Freiheit und ein Zusammenleben in gegenseitiger Achtung, scheint sich verkehrt zu haben in ein Mittel der Aggressivität, wechselseitiger Anschuldigungen, der Diffamierung und öffentlicher Skandale. Ich habe schon mehr als einen sagen hören, daß Spanien eben nicht zu helfen ist“ (Vida Nueva, 9. 3. 85).

Die höchste Arbeitslosenquote Europas

Diese Charakterisierung der politischen Entwicklung in Spanien kommt nicht aus den Reihen der rechten Opposition, sondern von Kardinal *Vicente Enrique y Tarancón*, dem langjährigen Vorsitzenden der Bischofskonferenz und klugen Kirchenführer,

dem auch das politische, demokratische Spanien viel zu verdanken hat. Sein Nachfolger, Erzbischof *Gabino Diaz Merchán* von Oviedo, kam vor der jüngsten Vollversammlung der Bischofskonferenz zu dem Schluß, Spanien biete gleichermaßen Anlaß „zu Hoffnung und Pessimismus“. Daß Spanien gegenwärtig vor ernststen inneren, politischen und sozialen Problemen steht, wird im übrigen Europa wenig beachtet.

Welche politische Grundstimmung oder gar -haltung hinter den akuten Problemen, vor allem im wirtschaftlichen und sozialen Sektor, steht, kennzeichnet der Vorsitzende der Bischofskonferenz in dem resümierenden Satz (der für die sozialistische Regierung unter *Felipe González* wie für die Bevölkerung gilt): „Unser Volk zeigt Anzeichen von Ermüdung; es trägt zu schwer an Utopien, die mit der harten Wirklichkeit zusammenstoßen.“

Die Sorge der Kirche um Politik und Gesellschaft in Spanien steht auf realistischem Boden: Mit 2,6 Millionen Ar-

Unsolidarische Gesellschaft

Nach einer von der *spanischen Caritas* erstellten und vom Arbeitsministerium finanzierten Studie über „Armut und Marginalisierung“ in Spanien verfügen 10 Prozent der spanischen Familien über 40 Prozent des nationalen Einkommens; auf 21,6 Prozent der Familien entfallen 6,9 Prozent des wirtschaftlichen Ertrags. In den Städten mit mehr als 250 000 Einwohnern lebt jede fünfte Familie unter der Armutsgrenze (mit einem monatlichen Verdienst unter 12 500 Peseten, etwa 200,- DM, pro Person); vier Millionen Spanier verfügen über weniger als 170,- DM im Monat. Die sozial schwachen spanischen Familien müssen mit durchschnittlich 51,8 Prozent der errechneten Mindestlebenshaltungskosten von knapp 340,- DM pro Person und Monat auskommen. Die Sozialhilfe liegt bei 90,- DM in den Städten und 55,- DM monatlich auf dem Land. Die größte Armut findet sich nach der Caritas-Studie in den entlegenen ländlichen Gebieten.

Nach Angaben der *Sozialkommission der Bischofskonferenz* haben 1984 die Empfänger kleiner Renten reale Einbußen hinnehmen müssen; der Kaufkraftverlust für Arbeitnehmer lag durchschnittlich bei zwei bis drei Prozent. 450 000 alte Menschen lebten in absoluter Armut.

Die Sorge der Kirche um den kriti-

schen Zustand der spanischen Wirtschaft mit ihren negativen sozialen Folgen fand ihren Niederschlag in einem Dokument dieser bischöflichen Kommission, das unter dem Titel „Wirtschaftskrise und moralische Verantwortung“ weniger der Regierung als den Katholiken Spaniens die Leuten liest. Als Kommissionspapier im vergangenen Herbst erschienen, fand es wenig Beachtung. Die „eigentlichen“ Themen zwischen Kirche und Staat, zu denen sich nicht nur bischöfliche Kommissionen, sondern die *Bischofskonferenz* äußerte, waren (und sind) die der Kirche allzu ‚laizistische‘ Schulreform sowie die Regierungspläne zur Lockerung des Abtreibungsverbots. Die diesbezüglichen Meinungsverschiedenheiten dürften den Vorsitzenden der Bischofskonferenz zu der Formel bewogen haben, das Verhältnis zwischen Kirche und Regierung sei „korrekt, aber schwierig“.

Was aber die generelle Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Spanien betrifft, so scheint Erzbischof Diaz Merchán eher bemüht, *Frontstellungen* zu vermeiden und dem Trend in der Bevölkerung entgegenzuwirken, die alle Mißstände „von oben“ behoben sehen will. Vor der Vollversammlung kündigte er neben einem Dokument über den Frieden eine Stellungnahme über „Die Verantwortung der Katholiken im öffentlichen Leben“ an und meinte: „Wir Katholiken sollten uns zuerst von unseren Sünden und Unterlassungssünden bekehren, anstatt denen mit offensiver oder defensiver Absicht kirchliche Dokumente entgegenzuschleudern, die nicht an Gott glauben und die Lehre der Kirche nicht ernst nehmen.“ Auch der Apostolische Nuntius in Spanien, Erzbischof *Antonio Innocenti*, ein aufmerksamer Beobachter des kirchlichen und politischen Lebens, ermunterte in seinem Grußwort vor der Bischofskonferenz die Bischöfe, der spanischen Kirche „neuen Mut, Vertrauen und Optimismus“ zu geben, und erinnerte mit dem Leitwort „Kirche sind wir alle“ an die Verantwortung der Gläubigen in der säkularen Gesellschaft.

Dieser Verpflichtung sind die spanischen Katholiken, so ist dem Doku-

ment der bischöflichen Sozialkommission zu entnehmen, nur sehr ungenügend nachgekommen. Wie die oben zitierten Erzbischöfe Tarancón und Diaz Merchán beklagen die sechs bischöflichen Verfasser den Mangel an Solidarität unter den Spaniern und einen bedrohlichen Zerfall in Gruppeninteressen. Das Dokument will den Blick auf die schwerwiegenden sozialen Folgen der Wirtschaftskrise lenken; „sie hat vor allem die Schwächsten in unserer Gesellschaft getroffen, ... sie bedroht die moralische Qualität des nationalen Zusammenlebens und letztlich auch die demokratische Zukunft Spaniens“.

Episkopat geißelt Fehlhaltungen

Angesichts der Tatsache, daß jeder dritte Spanier in prekären wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen lebt, könne es nicht darum gehen, unerfüllbare Hoffnungen auf eine völlig neue Wirtschafts- und Sozialordnung zu setzen. Vielmehr wolle die Kirche „alle aufrufen, bestimmte unsolidarische Verhaltensweisen zu korrigieren“. Gleichmaßen unannehmbar seien zwei weitverbreitete *Reaktionen auf die Wirtschaftskrise*: zum einen das Ignorieren der Krise und ihrer Ursachen. „Das tun diejenigen, die im Rahmen einer Wettbewerbsgesellschaft egoistisch nur für ihre eigenen Interessen kämpfen, ihren Lebensstandard auf Kosten anderer verteidigen und den Rest lieber ignorieren, da nun einmal nicht alle auf dem Schiff Platz haben.“ Zum andern gebe es viele, die weiter allein den Staat für die Krise verantwortlich machen. „Sie sehen die einzige Lösung darin, daß der Staat die Steuern senkt und die öffentlichen Ausgaben erhöht, so als ob die Staatsverschuldung, die Verarmung eines Landes gar nichts mit der Verarmung seiner Bürger zu tun hätte.“

Die Spanier müßten überdies realistisch den schmalen Handlungsspielraum bedenken, den Regierungen zur Einführung oder gar Durchsetzung struktureller Reformen hätten. Regierung wie Opposition sollten aufhören, leichte Lösungen anzubieten, die keine sind, sondern ohne Rücksicht

auf ihre Popularität die Probleme so darstellen, wie sie sind. Von den unvermeidlichen *sozialen Kosten* einer Sanierung der Wirtschaft sollten, so fordern die Bischöfe, die schwächsten Glieder der Gesellschaft verschont bleiben.

Daß die Überwindung der Wirtschaftskrise nicht nur Sache des Staates ist, seine Bürger sie sogar durch ihr unsoziales Verhalten verschärfen, ist die eigentliche Botschaft des Dokuments, die – auch nach dem *fehlenden Echo* aus dem katholischen wie dem politischen Bereich zu urteilen – nicht oder nicht gern gehört wurde. Die an die Adresse der Regierung gerichteten Forderungen werden kurz, sachlich und recht allgemein vorgetragen; konkretere Ansätze seien nicht Sache der Kirche, heißt es dazu. Die Senkung der Arbeitslosenrate sei nicht nur vorrangig, sondern eine „moralische Gewissenspflicht“.

Unmißverständlich konkret wird das Dokument in den langen Passagen, die sich direkt an die *katholischen Bürger des Landes* wenden. So heißt es im Anschluß an die Forderung, allen Arbeitslosen staatliche Unterstützung zu gewähren, das eigentlich Schlimme sei doch die Tatsache, daß der Staat diese moralische Verpflichtung gar nicht einlösen könne, solange die horrende Steuerhinterziehung in Spanien andauere. „Mit tiefer Betroffenheit haben wir den skandalösen Bericht der staatlichen Obrigkeit zur Kenntnis nehmen müssen, nach dem in unserem Lande immer noch jeder vierte steuerpflichtige Bürger seine Einkünfte nicht dem Finanzamt meldet. Nur jeder vierte Unternehmer oder selbständige Landwirt und 20 Prozent der Körperschaften machen keine oder eine falsche Steuererklärung ... Das wenigste, was man dazu sagen kann, ist, daß wir damit eine erschreckend unsolidarische und ungerechte soziale Gemeinschaft fördern.“

Selbstkritische Bekenntnisse

Die bischöfliche Kommission ermuntert die Behörden, auch energisch gegen den Sozialversicherungsbetrug

vorzugehen, dessen Ausmaß „die moralische Korruptheit“ der spanischen Gesellschaft offenbare. Der Anklage folgt eine in kirchlichen Dokumenten nicht eben häufig anzutreffende *selbstkritische Einsicht*, die es verdient, hervorgehoben zu werden: „Es ist möglich, daß die Kirche in Spanien und ihr Lehramt zu sozialen Fragen ihren Teil Verantwortung dafür tragen, daß das Steuergewissen in Spanien auch heute noch übermäßig schwach ausgeprägt ist.“ Zu diesem Phänomen befragt, erklärte der Vorsitzende der Sozialkommission Bischof *Ramón Echarren Istúriz*, Spanien habe „eine lange Tradition, nach der die ethische Dimension des Geldes in der Kirche wie in der Gesellschaft keine Rolle spielte ... Geld und Glauben, so denkt man, sind einander fremde Welten, und für viele hat der Glaube nichts mit den Geschäften dieser Welt zu tun“ (Vida Nueva, 15. 12. 84).

Während der Durchschnittsspanier in Fragen der Individualethik etwa des sechsten Gebots durchaus sein Gewissen spüre, sei das im Falle des siebten Gebots anders: „Man hat dieses Gebot nicht in seiner ganzen Fülle verkündet, sondern das Stehlen nur auf dem Hintergrund des absoluten Eigentumsbegriffs nach römischem Recht verstanden.“ Das quasi wertfreie, von der christlichen Sozialethik weithin absehbare Agieren im wirtschaftlichen Bereich wachse sich zu der „*schweren Sünde unsolidarischen Handelns*“ aus, heißt es in dem Dokument der bi-

schöflichen Kommission weiter. Außer der Steuerhinterziehung zählt das Dokument dazu die Kapitalflucht, das beträchtliche Ansteigen der Schattenwirtschaft, die in Spanien weitverbreitete Mehrfachbeschäftigung, die egoistische Verteidigung der Löhne und Gehälter, fehlende Investitionsbereitschaft unter dem – oft vorgeschobenen – Vorwand eines zu hohen Risikos, übertriebenen Luxus, unverhältnismäßig hohe Einkünfte in einigen freien Berufen und die Vetternwirtschaft bei der Verteilung neuer Arbeitsplätze.

Zur Begründung führen die Bischöfe aus, daß es nicht vorrangig um Solidarität unter den Arbeitern gehe, sondern vor allem *Solidarität der Arbeitsplatzbesitzer mit den Arbeitslosen* und den Empfängern kleiner Renten gefordert sei, wenn es nicht zu einem „Klassenkampf zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen“ kommen solle. Daher könne es die Kirche in der gegenwärtigen Lage nicht gutheißen, wenn Streik mit dem Ziel weiterer Lohnerhöhungen ausgerufen werde. Gerade in einer Wirtschaftskrise gelte es, Einzel- und Gruppeninteressen dem Gemeinwohl unterzuordnen.

Eine Gelegenheit, die Gewissen wachzurütteln

In einem „hoffnungsvollen Ausblick“ skizziert das Dokument dann doch den Entwurf einer „neuen Zivilisation

mit einer Wirtschafts- und Sozialordnung jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, Systeme, die in noch so sozialisierten bzw. demokratisierten Formen sich als untauglich für eine humanere Wirtschaftsordnung erwiesen haben, wie sie ein christliches Menschenbild fordert“. „Es ist möglich, daß die göttliche Vorsehung uns mit dieser Krise und ihren leidvollen Folgen eine neue Gelegenheit bietet, unseren bisherigen Lebensstil aufzugeben, unser Gewissen wachzurütteln, zu neuen, gerechteren Formen des Zusammenlebens zu finden.“ Dies gelte gerade auch im Blick auf die ungeheure Armut in der Welt.

Daß das Dokument mit öffentlichem Schweigen übergangen wurde, hatte der Bischof fast erwartet. In einem Land, das erst lernen muß, daß die Demokratie nicht per se die Probleme löst, das von der Notwendigkeit einer Solidargemeinschaft noch zu überzeugen ist und mit deren Verwirklichung nicht weniger Probleme hat als andere, wirken die Verfasser dieses sozialkritischen Dokuments ein wenig wie Rufer in der Wüste. Auch die Kirche hat es zunehmend schwerer, auf die spanische Gesellschaft einzuwirken, die der Nachholbedarf aus dem Spanien der Diktatur in eine Säkularisierungswelle schwemmt. So belegt das – gegenüber dem eigenen Kirchenvolk – mutige Dokument, daß die Stimme der Kirche an Kraft gewonnen hat; die Reaktion zeigt jedoch, daß man weniger auf sie hört. G. B.

Wirtschaft und Moral

Ein Lateinamerikadialog

Begegnungen zwischen Wirtschaftswissenschaftlern und Theologen sind selten. Noch seltener Denkprozesse, bei denen Theologen zwischen Wirtschaftswissenschaftlern aus Ländern der Dritten Welt und denen der Industrieländer als Vermittler auftreten. Schon insofern war der erste Versuch eines Dialogprogramms (vom 25. Februar bis 9. März) lateinamerikanischer und deutscher Wirtschaftswissenschaftler zusammen mit Theologen und Ethikern, aber auch Vertretern der deutschen Wirtschaft von besonderem Rang. Es wurde veranstaltet vom Stipendienwerk Lateinamerika-Deutschland, ge-

fördert vom Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg und vom Bischöflichen Werk Adveniat. Die Leitung hatte der Vorsitzende des Stipendienwerkes, Prof. Peter Hünermann (Tübingen). Die inhaltliche Strukturierung des Programms lag in den Händen von Prof. Theodor Dams (Freiburg) und Prof. Norbert Klotten (Tübingen).

Auf einem Treffen der „*Consejos*“ des Stipendienwerks im September 1983 in Lima hatten die lateinamerikanischen Partner den Wunsch nach einer solchen Initiative geäu-